

49

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 25

Cöln, den 6. Dezember 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Die anhaltende Teuerung der Lebensmittel, der Zusammenschluß der Gegner jeder Sozialpolitik beweisen eindringlicher denn je die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Eure Aufgabe ist es, der Freiheit und dem sozialen Aufstieg eine Gasse zu bahnen. Werbt und agitiert daher allerorts für die Erstarkung des Verbandes. Durch Kampf zum Sieg!

Gewerkschaft und Persönlichkeit.

Sehr oft wird der Gewerkschaftsbewegung zum Vorwurf gemacht, daß sie den Einzelnen in der Masse untergehen lasse. Das Bestreben der Einzelperson, ihr Bestes und ihr Vollkommenstes zu geben, würde unterbunden sowohl in wirtschaftlicher Beziehung bei der täglichen Arbeit, wie auch in Bezug auf das geistige Leben. Die Gewerkschaft erziehe Durchschnittsmenschen, die alles von der Masse, aber nichts von sich selbst erwarteten.

In Folgendem soll daher untersucht werden, ob und inwieweit dieser Vorwurf Berechtigung hat. Was nun die Leistung der täglichen Arbeit anbelangt, so wollen eine Reihe von Unternehmern und Betriebsleitern festgestellt haben, daß bei den Mitgliedern der Gewerkschaften das Bestreben vorherrsche, nicht mehr als die Durchschnittsleistung zu schaffen. Die Eindämmung der Akkordarbeit seitens der Verbände beweise doch zur Genüge das Bestreben, die Leistungen herabzumindern. Tatsächlich treten die Gewerkschaften gegen das Akkordsystem auf, weil bei diesem System der Anreiz zu groß ist, auf Kosten der Gesundheit den meist kargen Lohn zu erhöhen. Ausschlaggebend waren weiter die Erfahrungen, die mit diesem System gemacht sind. Sobald nämlich bei dieser Entlohnungsform unter äußerster Kraftentfaltung ein verhältnismäßig hoher Lohn verdient wird, wird diese Leistung als Durchschnittsleistung angesehen und demgemäß der Akkordlohn festgestellt resp. reduziert. Den Vorteil von dieser äußersten Kraftanstrengung hatten demnach nicht die Arbeiter selbst, sondern die Unternehmer. Dort wo die Gewerkschaften stark genug sind, einen entscheidenden Einfluß auf die Lohnverhältnisse auf die Dauer auszuüben, ist der Widerstand gegen die Akkordarbeit nicht so stark, als dort, wo dieser Einfluß noch fehlt.

Die Gewerkschaft nimmt auch Stellung gegen die Art und Weise, wie Einzelne, auch wenn sie im Zeitlohn beschäftigt sind, geradezu Raubbau mit ihrer Arbeitskraft treiben. Wenn in einem Werke Einzelne, von der Natur besonders günstig mit körperlicher Kraft Ausgestattete ihr Neuestes geben, ist es doch selbstverständlich, daß die Schwächeren demgegenüber mit ihrer Leistung zurückbleiben müssen. Der vorhandene Ehrgeiz aber treibt sie dazu, das nämliche zu leisten, und zwar auf Kosten ihrer Gesundheit. Wenn hier die Gewerkschaft den sogenannten Wühlteufeln entgegentritt,

dann schützt sie die größten volkswirtschaftlichen Werte, die in der Gesunderhaltung der Träger der menschlichen Arbeitskraft liegen. In unseren heutigen modernen Großbetrieben ist dieses unbedingt nötig, da bei der Lösung aller persönlichen Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer, die Gefahr doppelt groß ist, die gesundheitlichen Gefahren für die Arbeiter dem Bestreben nach einem hohen Gewinn unterzuordnen.

Mit Recht wehren sich die Gewerkschaften auch gegen die vielen Ueberstunden, da auch diese die nämlichen schädlichen Folgen aufzuweisen haben, wie die oben gekennzeichneten Uebelstände.

Ohne Zweifel verstößt dieses Verhalten gegen jenes volkswirtschaftliche System, welches als die Lehre vom freien Spiel der Kräfte bekannt ist. Wir haben aber keine Ursache, das zu unterlassen, was im Interesse der großen Mehrzahl der Arbeiterschaft geschehen muß, nur deshalb, weil unser Tun einer alten, zum großen Teil als falsch erkannten, doktrinen Anschauung zuwider läuft. Dadurch, daß die Gewerkschaften auf gesunde wirtschaftliche Verhältnisse für die überaus große Mehrzahl der Arbeiter hinarbeiten, gehen sie erst dieser die Möglichkeit, Persönlichkeitswerte zu schaffen. Mag der Eine oder Andere vielleicht gehindert sein, das Neueste zu leisten, was er bei voller Kraftentfaltung könnte, gegenüber dem erzielten Vorteil für die gesamte Arbeiterschaft, wie auch für die Produktion fällt dieser Nachteil nicht ins Gewicht.

Während der Vorwurf der Vernichtung der Persönlichkeitswerte, soweit die tägliche Arbeitsleistung in Betracht kommt, noch den Anschein der Berechtigung hat, fällt selbst dieser Anschein, soweit die übrige Erziehungstätigkeit der Gewerkschaften davon betroffen wird. Gegenüber der Gewerkschaftsbewegung werden ähnliche Vorwürfe erhoben, wie gegen die Sozialpolitik des Staates in seinen Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzen überhaupt. In prägnanter Form hat ja der Professor Bernhard in seinem bekannten Buche diese Vorwürfe erhoben. Danach soll durch die Versicherungen und durch die Gewerkschaften das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter und Angestellten für die Erhaltung seiner selbst und seiner Familie im Sinken begriffen sein. Der Einzelne fühle sich nicht mehr in dem Maße verpflichtet, auf seine Existenz Bedacht zu nehmen, als wenn ihm diese staatliche und gewerkschaftliche Hilfe versagt bliebe. Durch

den strengen Hinweis auf die eigene Unfähigkeit, die ihm nicht gestatte, durch eigene Kraft sich vorwärts zu bringen, würde jedes ernsthafte Streben unterbunden. Auch der Begriff von Treu und Glauben würde auf die Dauer Schaden leiden, da doch der Einzelne gewöhnt würde, von anderen zu verlangen, was zu erreichen seine eigene Pflicht und Schuldigkeit sei.

Zunächst sei festgestellt, daß von ca. 12 Millionen deutschen Arbeitern und Angestellten auch nur ein ganz geringer Teil durch Fleiß und Tüchtigkeit aus ihrem Stande sich herauszuarbeiten vermag. Die überaus größte Mehrzahl wird zeitlebens Lohnarbeiter bleiben müssen. Nur einem geringen Teile bleibt es vorbehalten, in höhere, besser bezahlte Stellungen einzurücken, da für derartige Stellungen immer noch, mit in der Regel besserer Vorbildung genügend vorhanden sind. Für die Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe kommt noch hinzu, daß eine Reihe von Stellungen, für die sich tüchtige und strebsame Arbeiter wohl eignen würden, den Militärämtern vorbehalten sind.

Wenn trotzdem immer noch derartige Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsbewegung erhoben würden, dann beweist dieses eben, daß man die unerfreulichen Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht eingestehen und andere dafür verantwortlich machen will.

Gerade das Gegenteil trifft zu. Es ist eine längst erkannte Tatsache, daß es gerade die Gewerkschaftler sind, die die Elitetruppe der deutschen Arbeiterschaft bilden. In ihren Reihen sind diejenigen, die mit allem Ernst an ihrer fachlichen und beruflichen Fortbildung arbeiten. Obwohl die christliche Gewerkschaftsbewegung erst 15 Jahre alt ist, sehen wir heute schon, wie z. B. in der Handwerkerbewegung es gerade die ehemaligen Gewerkschaftler sind, die auf ihre Standesbewegung befruchtend einwirken. Dieses ist auch leicht erklärlich. Bei dem überaus größten Teil der Arbeiter ist es die Gewerkschaftsbewegung gewesen, die ihn aneiferte, zunächst selbst mitzuarbeiten. Wohl nirgends ist die Hoffnungslosigkeit größer, nirgends findet man die dumpfe Ergebenheit in die als unabänderlich erachteten Zustände, als in der unorganisierten Arbeitermasse der Großindustrie. Man gehe doch hinein in die Arbeiterquartiere unserer deutschen Industriezentren, betrachte einmal das Leben der breiten Massen und man wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das Leben eines großen Teils lediglich besteht aus Arbeiten, Essen, Schlafen und rohen Vergnügungen. Interesse für etwas Höheres, der Wunsch, Persönlichkeitswerte zu schaffen, ist nirgends anzutreffen. Hier wäre es eine dankbare Aufgabe aller derer, die so schnell mit ihren Vorwürfen, die Vernichtung der Persönlichkeit durch die Gewerkschaften bei der Hand sind, selbst einmal etwas Positives zu schaffen. Das aber überläßt man den Organisationen, diesen Teil der Volksgenossen aus ihrer Letzbarkeit herauszureißen. Selbstverständlich gelingt dieses nicht auf den ersten Schlag. Erst nachdem die Verbände das am leichtesten zu weckende Interesse an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erregt haben, mit praktischen Erfolgen hervortreten können, haben sie das Vertrauen dieser Leute gewonnen. Alle Versuche, diese Leute auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, müssen scheitern, wenn nicht ein gutes Vertrauen vorhanden ist. Weil es an dem notwendigen Vertrauen fehlt, scheitern auch die meisten Bestrebungen der bürgerlichen Stände, oder weisen trotz der aufgewandten Mühe und Arbeit sehr geringe Erfolge auf. Dieses Vertrauen besitzen aber die Gewerkschaften und wenn heute ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft regen Anteil nimmt an allen Fragen des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, Verständnis bekundet für die Bedürfnisse des Volkes, dann ist dieses eine Frucht der gewerkschaftlichen

Erziehung. In ihr fanden Tausende und abermals Tausende einen Stützpunkt, an dem sie sich aufrichten konnten und dadurch in der Lage waren, sich zu Persönlichkeiten durchzuarbeiten.

Gerade unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist der lebendige Zeuge dafür. Trotz der Gegner von allen Seiten, trotz der größten Schwierigkeiten, die ihr bereitet wurden, hat sie sich durchzusetzen verstanden. Sie entfaltet heute ein reiches Innenleben und findet von allen Seiten eine weitgehende Beachtung, die man einer Bewegung, die keine Persönlichkeitswerte schaffte, niemals entgegenbringen würde. Lassen wir uns daher durch die erhobenen Vorwürfe nicht abhalten, weiter für diese Bewegung zu arbeiten, unter Einsetzung unserer ganzen Kraft.

Wichtige Aufgaben der Ortsgruppen.

Unsere Ortsgruppenvorstände sind sich erfreulicherweise zum großen Teile bewußt, daß von ihrer Tätigkeit die Entwicklung des Verbandes abhängt. Daher sind sie auch bestrebt, ihre Pflichten getreulich zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Aufgabe, beständig auf die Stärkung der Ortsgruppen bedacht zu sein. Denn je stärker der Verband ist, umso besser kann er seine Aufgaben im Interesse der Kollegenchaft erfüllen.

Zunächst handelt es sich darum, die vorhandenen Mitglieder zu halten. Das kann aber nicht besser geschehen, als wenn für eine regelmäßige Einkassierung der Beiträge gesorgt wird. Je leichter es den einzelnen Kollegen gemacht wird, ihre Beiträge zu zahlen, umso leichter werden sie bei der Stange gehalten. Gerade die Unpünktlichkeit in der Einkassierung der Beiträge ist für manche Kollegen ein Grund, aus dem Verbande auszutreten. Gewiß wird jeder überzeugungstreue Kollege schon selbst dafür sorgen, daß er seine Beiträge pünktlich und regelmäßig zahlt. Aber leider verlassen sich viele, allzu viele nur auf den Vertrauensmann. Darum muß auf die Gewinnung tüchtiger, gewissenhafter Vertrauensleute das größte Gewicht gelegt werden. Ein guter Vertrauensmännerapparat ist gleichsam die Seele der Organisation. Die Vertrauensleute selbst müssen sich dessen auch bewußt sein, wieviel von ihrer Pflichttreue abhängt. Welcher Vertrauensmann möchte sich denn den Vorwurf machen lassen, daß er schuld sei, daß die Ortsgruppe Mitglieder verloren habe? Doch gewiß keiner! Sache der Mitglieder selbst aber ist es, dem Vertrauensmann sein schwieriges Amt möglichst leicht zu machen. Wenn derselbe die Beiträge abholen kommt, dann müssen diese parat liegen. Es ist nicht angenehm, wenn er ununterrichteter Dinge wieder gehen muß. Auch hat es keinen Zweck, Mitgliedern anzustimmen über die Bezahlung der Beiträge, wenn der Vertrauensmann ins Haus kommt. Das Bezahlen der Beiträge liegt doch nicht im Interesse des Vertrauensmannes, sondern der Mitglieder selbst. Aber auch die Vertrauensleute können sich ihre Arbeit erleichtern, wenn sie möglichst regelmäßig und pünktlich die Beiträge abholen und wenn sie ein möglichst freundliches Benehmen an den Tag legen. Ein freundliches Gesicht wirkt belebend wie der warme Sonnenschein. Denn, so sagt ein altes Sprichwort: „Mit einem Tropfen Honig fängt man mehr Fliegen wie mit einem Faß voll Essig.“ Möge man das auch hier beherzigen. Nun müssen aber auch die Ortsgruppen stets darnach trachten, möglichst viele neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen. Es muß also eifrig agitiert werden. In dieser Beziehung kann nie zu viel geschehen. Und der Mittel, die hierzu angewandt werden können, gibt es die Menge. Zunächst die persönliche Agitation von Mund zu Mund. Auf dem Wege nach und von der Arbeit rede man mit den Unorganisierten über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Man spreche mit ihnen

über etwaige Mißstände im Betriebe, über die Erfolge unseres Verbandes und der Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften. Man weise sie hin auf das Ziel, das wir erstreben: der christlichen Arbeiterschaft die Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu erringen, ihr bessere Daseinsbedingungen und größere Teilnahme am Kulturleben zu verschaffen. Dazu kommen dann die Versammlungen, die Gelegenheit bieten, unsere Lage zu besprechen und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Regelmäßig müssen die Mitgliederversammlungen abgehalten werden, wenigstens im Monat einmal. Dieselben müssen aber gut vorbereitet werden. Vor derselben muß stets eine Vorstandssitzung stattfinden, also auch mindestens eine im Monat. Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Ebenso müssen sie pünktlich in den Versammlungen erscheinen. Da müssen sie als die Ersten zur Stelle sein, und den Mitgliedern mit gutem Beispiel vorangehen.

Ab und zu können dann öffentliche Versammlungen abgehalten werden und ebenso besondere Werkstatt- oder Betriebsversammlungen. Auch dabei ist eine gute Vorbereitung die Vorbedingung für ein gutes Gelingen. Nicht immer wird der erhoffte Erfolg sich einstellen; aber man werde dann auch nicht gleich mutlos. „Nur steter Tropfen höhlt den Stein.“ Und „Reiß bricht Eis“. Das halte man sich stets vor Augen. In solchen Versammlungen wende man ein besonderes Augenmerk den Unorganisierten zu. Sofern sich diese nicht gleich in der Versammlung in den Verband aufnehmen lassen, hat man nachher immer noch Gelegenheit, das in der Versammlung Gehörte mit ihnen zu besprechen. Natürlich soll keine solche Versammlung geschlossen werden, ohne den Teilnehmern Aufnahmescheine zu geben und sie zum Beitritt aufzufordern.

Als eines der besten Agitationsmittel aber hat sich im Laufe der Jahre die Hausagitation bewährt. Verschiedene unserer Bruderverbände haben damit geradezu ausgezeichnete Erfolge erzielt. Wurden doch oft an einem einzigen Sonntag Hunderte von Mitgliedern gewonnen. Warum sollten nicht auch wir dieses Mittel anwenden? Nichts darf unversucht gelassen werden, um Erfolge zu erzielen. Und es ist auch gar nicht so schwer, Hausagitation zu betreiben. Man muß es nur richtig anfangen.

Da werden zunächst die Adressen der Unorganisierten gesammelt, und jede auf eine besondere Karte notiert (die Karten sind unentgeltlich von der Zentrale zu beziehen). Die Karten werden dann nach Stadtbezirken und Straßen geordnet. Je ein oder zwei Kollegen übernehmen dann einen Bezirk zur Bearbeitung; d. h. sie suchen die dort wohnenden Unorganisierten in der Wohnung auf und suchen sie für den Verband zu gewinnen. Am besten ist es, wenige Tage vorher den Betreffenden, die aufgesucht werden sollen, per Post ein Flugblatt des Verbandes zuzuschicken und sie evtl. auf den Besuch der Kollegen hinzuweisen.

Am dem Tage, an dem die Hausagitation gemacht wird, treffen sich zunächst die Kollegen, die daran teilnehmen, im Vereinslokal, damit man weiß, in welchen Bezirken die Arbeit betrieben wird. Ebenso treffen sie sich wieder nach Schluß der Agitation, damit das Ergebnis festgestellt werden kann. Diejenigen, die bei diesem ersten Anlauf nicht gewonnen werden konnten, müssen solange aufgesucht werden, bis auch sie die Waffen vor dem Dauerangriff strecken, d. h. bis auch sie Mitglied geworden sind: Manchen Kollegen mag diese Arbeit etwas sauer vorkommen. Wir sind aber überzeugt, daß sie ihnen nachher selbst große Freude machen wird, besonders wenn sie erfolgreich war. Drum frisch ans Werk!

Neben diesen agitatorischen Aufgaben erwächst den Ortsgruppen noch die Pflicht, für eine pünktliche und ordnungs-

gemäße Führung der Kassengeschäfte zu sorgen. Allmonatlich müssen die Gelder, sofern sie nicht zur Bestreitung laufender Ausgaben dienen, an die Zentrale eingeschickt werden. Jedes Vierteljahr und zwar nach Quartalschluß ist eine schriftliche Abrechnung auf den hierfür bestimmten Formularen einzusenden. Ebenso sind alle wichtigen Vorkommnisse, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben, baldigst der Zentrale mitzuteilen.

Es sind also sehr wichtige Aufgaben, die den Ortsgruppen gestellt sind. Die Kollegen sollten allerorts ihre Ehre darein setzen, die ihnen übertragenen Pflichten voll und ganz zu erfüllen. Das wird ihnen wie dem ganzen Verbands zum Vorteil gereichen.

Arbeiter und Versicherte, schützt eure Krankenkassen!

Der Leipziger Ärzteverband hat den seit Jahren ange drohten Generalstreik über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen; es wird daher, soweit nicht Verträge schon bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen diese Kassen von der Verpflichtung befreit werden, den Kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine bare Leistung geben und es den Versicherten überlassen müssen, selbst für eine geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die Kranken Versicherten nur gegen Vorausbezahlung des Honorars oder gegen Leistung eines größeren Barborschusses behandeln. Dadurch könnten die Krankenkassen in die schwierigste Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schlags erforderlichen, noch bekannt zu gebenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen.

Seit Jahren sind die Ärzte vom Leipziger Ärzteverband aufgestachelt worden. Die Ärzte sind deshalb gegen die Krankenversicherung voreingenommen und nehmen mehr und mehr gegen jede Versicherung für den Krankheitsfall eine feindselige Haltung ein. Die ärztliche Behandlung der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Landwirte sowie der unteren Beamten, die wirtschaftlich dem Arbeiter nahe stehen, für Rechnung freiwilliger Krankenkassen wird grundsätzlich abgelehnt. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung erschweren und verhindern die Ärzte die Einführung der Familienbehandlung, der wichtigsten Mehrleistung des Gesetzes. Den Beitrittsberechtigten, den sogenannten kleinen Selbständigen, soll ärztliche Hilfe nur als Privatpatienten gewährt und damit die Versicherung vereitelt werden. Die Ärzte sind der Ansicht, daß sich jeder gegen Feuers-, Hagel-, Wassergefahr, wie überhaupt gegen alle Unglücksfälle des Lebens versichern möge, nur nicht auf ärztliche Hilfe.

Das Gesetz gibt den Ärzten das unbeschränkte Monopol für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen, verpflichtet diese aber in keiner Weise und hält sie nicht einmal hierzu an. Dieser für die Kassen unhaltbare Zustand gibt den Ärzten das völlige Übergewicht über die Kassen und wird von ihnen zum Schaden der Kassen gründlich ausgenutzt. Die Ärzte wollen für die Kassen nur tätig sein, wenn es ihnen paßt, und nur zu den von ihnen einseitig aufgestellten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden muß. Alle Verträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkte ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitseinkommens der Versicherten abgestuft werden. Die Ärzteorganisationen wollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die 95 v. H. der Ausgaben der Kassen hervorgerufen werden allein entscheidend sein, während nach dem

Gesetz für die Kassenausgaben wie für die gesamte Kassengebarung der Kassenvorstand verantwortlich ist. Die Ärzte und ihre Organisationen lehnen eine Nachprüfung der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenorgane ab und wollen allein darüber befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten keineswegs der „Arzt des Vertrauens“ gewährleistet. Viele Ärzte denken gar nicht daran, Kassenpraxis zu treiben. Die Versicherten sollen nach den Forderungen der Ärzteorganisation angewiesen werden, den nächstwohnenden Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Hausbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Tut der Arzt dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten, für die mehr bezahlt wird, besser behandelt werden. Es würde dadurch ein Keil in die auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebaute Krankenversicherung getrieben werden.

Um die Öffentlichkeit zu gewinnen, wird die Behauptung aufgestellt, daß 95 v. H. der Bevölkerung ärztliche Behandlung durch die Krankenkassen erhielten. Dies ist eine ungeheuerliche Uebertreibung. Die Krankerversicherung nach der Reichsversicherung wird etwa 20 Millionen Personen umfassen. Rechnet man 10 Millionen hinzu, die vielleicht unter die Familienbehandlung fallen, so bleiben 35 Millionen Personen, d. h. mehr als 50 v. H., der freien Praxis der Ärzte vorbehalten und gerade alle bemittelten und wohlhabenden Volkskreise.

Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden.

Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lediglich in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beenden. Die Kassenvertreter sind in ihren Zugeständnissen viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beansprucht werden kann. Die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kassen lehnen es aber ab, sich alles aufzwingen zu lassen, was die Ärzte in ihren Erwerb-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verwahren sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisationen gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Verletzung der staatlichen Standesorganisation geübt wird.

Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Ärzteversicherung machen. Dafür kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen. Dringt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so sinken die Kassen im Wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragshebung und die Krankengeldzahlung herab. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährleistete Selbstverwaltung würde zum Hohn! Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes bedingen an sich wie auch durch ihre schlimmen Folgen und Begleitererscheinungen nicht nur erhebliche Erhöhungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich

vorgeschriebenen Regelleistungen zu decken, müßte dann der höchste zulässige Beitragsatz erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das äußerste geschädigt.

Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet euch, in dem bevorstehenden Ärztestreik den für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen rückhaltlos zu vertrauen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Berlin, den 24. November 1913.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen Dresden.

Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen Essen.

Gesamtverband deutscher Krankenkassen Essen.

Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband Berlin.

Verband deutscher Innungskrankenkassen Hannover.

Aus unseren Berufen.

Die Angestellten der Würzburger Straßenbahn beschloßen in ihrer letzten Versammlung, in eine Tarifbewegung einzutreten. Die Lohn- und Dienstverhältnisse dieser Kollegen lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. Insbesondere wird lebhaft Klage geführt über die zu geringe Entlohnung, und Vorenthaltung des Ruhetages. Die Bezirksleitung wurde beauftragt, die Vorarbeiten für die Bewegung zu treffen.

Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. Der Sozialpolitische Ausschuß beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit dem Antrage der städtischen Arbeiter auf Gewährung einer Steuerungszulage. Von den Gesichtspunkten ausgehend, daß zurzeit eine außerordentliche Steuerungszulage, die eine vorübergehende Steuerungszulage rechtfertigen würde, nicht besteht, im übrigen jedoch anerkannt werden muß, daß wir seit einigen Jahren hohe Lebensmittel- und Wohnungspreise zu verzeichnen haben, soll zur finanziellen Kräftigung der unteren Lohn- und Gehaltsklassen nach Meinung des Ausschusses etwas geschehen. Der Ausschuß beantragt deshalb: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihr die Vorlage über die Neuregulierung der Lohn- und Gehaltsklassen noch im Dezember zugehen zu lassen, um für die unteren Lohnklassen die Tarife schon ab 1. Januar 1914 in Wirksamkeit treten zu lassen.“

Der Streik der Stettiner städtischen Hafnarbeiter ist ergebnislos verlaufen. Am 17. September beschloß ein großer Teil der städtischen Hafnarbeiter, nachdem sie das Angebot der Stadtverwaltung als zu gering ablehnten, durch einen Ausstand die Stadtverwaltung zur Anerkennung der gewiß berechtigten Forderungen zu zwingen. Etwa 550 Arbeiter stellten die Arbeit ein, ein großer Teil aber war hierzu nicht zu bewegen. Mit Hilfe dieser Streikbrecher und einer Anzahl Hingegardisten wurde der Betrieb notdürftig aufrecht erhalten. Die Stadtverwaltung, von den Scharfmachern kräftig unterstützt, scheute kein Opfer, um den Streik niederzuringen. Ein Teil der Streikenden verlor den Mut und streckte die Waffen vorzeitig nieder, sodaß der Kampf als verloren aufgegeben werden mußte. 275 Mann werden sofort, die anderen „nach Bedarf“ wieder eingestellt. Der Streik würde vom sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbände allein geführt.

Das System der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe macht in letzter Zeit erhebliche Fortschritte. Nachdem die Stadtverwaltung Neuß der Rh. Westf. Elektrizitätsgesellschaft die Lieferung des elektrischen Stromes, soweit er nicht vom eigenen Werk erzeugt wird, in den letzten Wochen übertragen, berichtet die Tagespresse von der Stadt Andernach, daß sie

ihre eigenen Werke vollständig aufgegeben hat. Die Gas- und Elektrizitätslieferung wird von der Thüringer Gasgesellschaft übernommen. Sie verpflichtet sich, ein neues Gaswerk zu errichten, das städtische Elektrizitätswerk stillzulegen und den Strom von einem anderen privaten Werk zu beziehen. Als Gegenleistung gewährleistet die Gesellschaft der Stadt einen Gewinn, der mindestens so hoch sein muß, wie derjenige, der am 31. Dezember 1913 aus den vorhandenen Werken festgestellt wird. Die Stadt, wie auch die sonstigen beteiligten Gemeinden dürfen sich bis zu 50 Proz. an dem Gesellschaftskapital beteiligen.

Also das Bestimmungsrecht behält sich das Privatkapital vor. Wenn erst die Gesellschaft fest im Sattel sitzt, wird sich der Pferdefuß schon zeigen. Denn nach den Erfahrungen, die mit den Gesellschaftsbetrieben mit Monopolcharakter gemacht sind, haben wir alle Ursache anzunehmen, daß für die Verwaltung noch die Zeit kommen wird, wo sie ihren Schritt zu bereuen hat. Wenn die Stadtverwaltungen auch vorläufig noch angeblich gute Erfahrungen mit den gemischt-wirtschaftlichen Betrieben machen, für die Arbeiterschaft haben wir noch stets das Gegenteil feststellen können. Für diese heißt es daher auf der Hut sein.

Aus den Ortsgruppen.

Neue Ortsgruppen respektive Zahlstellen wurden gegründet in Berlin (Museumсарbeiter), Dürckheim (Straßenbahner), angeschl. der Ortsgruppe Mannheim, Mülheim (Straßenbahner), angeschl. der Ortsgruppe Cöln, Meh, Saarbrücken, Emden (Straßenbahner) und Pirmasens.

Die Ausschußwahlen zur Betriebskrankenkasse in Cöln.

Der Ausgang der Wahlen zum Ausschuß der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Cöln, die am 24. und 25. November stattfanden, können als ein schöner Erfolg der christlichen Arbeiterschaft bezeichnet werden. Dieser Erfolg ist um so beachtenswerter, als die christlichen Arbeiter diesmal gegen drei Fronten zu kämpfen hatten. Außer den christlichen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten noch das Duisburger Straßenbahnerverbändchen und eine kleine Gruppe von Eigenbrödlern von den Vorortbahnen eigene Listen aufgestellt. Die Wahlbeteiligung war eine verhältnismäßig starke. Von ungefähr 6500 Wahlberechtigten wurden insgesamt 5898 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 3038 Stimmen, der freien Gewerkschaften 2142 Stimmen, des Zauberverbandes 469 Stimmen und der Sondergruppe der Vorortbahnen 249 Stimmen. Within erhält die christliche Richtung 21, die sozialdemokratische 15, die Duisburger Eigenbrödlern 3 und die Sondergruppe der Vorortbahnen 1 Vertreter. Wenn wir berücksichtigen, welche Anstrengungen die Gegner gemacht und mit welchen Mitteln sie unsere Kandidaten bekämpft haben, dann können wir mit dem Ausfall der Wahl vollauf zufrieden sein. Haben wir doch gegenüber den letzten Krankenkassenwahlen um 521 Stimmen zugenommen.

Natürlich hätte das Resultat noch günstiger für uns sein können, wenn jeder Einzelne, der von der Bedeutung der Wahlen überzeugt ist, etwas mitgearbeitet hätte. Dann wäre es wohl kaum möglich gewesen, daß auch die Genossen an Stimmenzahl 245 zugenommen haben. Jedenfalls müssen wir aber anerkennen, daß unsere Kollegen Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute eifrig gearbeitet haben an der Erreichung des großen Erfolges. Durch die Wahl wurde uns der Beweis erbracht, daß die Zahl der Kollegen in städtischen Betrieben, die der sozialdemokratischen Phrase nicht mehr zu folgen gewillt sind, immer größer wird. Es darf diesen Kollegen jedoch für die Dauer nicht genügen, bei sozialen Wahlen ihre Stimme für die christliche Richtung abzugeben. Sie müssen vielmehr dieser Richtung durch Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation mehr Einfluß und Stoßkraft im öffentlichen Leben verschaffen helfen.

Bochum. Im April d. Js. wurde nonseiten unserer Verbandsleitung eine Eingabe an die hiesige Stadtverwaltung gerichtet, in der eine vollständige Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle städtischen Arbeiter verlangt wurde. Leider ist die Erledigung dieser Eingabe bisher noch nicht erfolgt. Wenn wir nun auch verstehen, daß Stadtverwaltungen solche Sachen nicht so schnell erledigen können wie Privatbetriebe, weil hier ein komplizierterer Instanzenweg besteht, so sind wir doch der Meinung, daß eine derartige Verschleppungspolitik einer Stadt wie Bochum unwürdig ist. Denn auch der Stadtverwaltung dürfte es nicht unbekannt sein, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter den heutigen Preisen für Lebensmittel, Mieten und sonstigen Bedarfsartikeln durchaus nicht mehr angepaßt sind. Mit den in Bochum gezahlten Löhnen kann heute keine Familie mehr auskommen. Ebenso ist eine Regelung der Arbeitszeit, der Bezahlung der Ueberstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Bezahlung der Feiertage, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit und militärischen Übungen, Einführung einer Alters- u. Hinterbliebenen-Versorgung, Sicherung des Arbeitsverhältnisses, Einrichtung von Arbeiterausschüssen usw. erforderlich. Auch inbezug auf Behandlung lassen einzelne Vorgesetzte (nicht alle) noch vieles zu wünschen übrig. Will die Stadtverwaltung nicht den Vorwurf der sozialen Rückständigkeit auf sich laden, so muß sie unbedingt den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft in etwa Rechnung tragen. Wohl haben einige uns freundlich gesinnte Herren aus dem Stadtverordnetenkollegium die Regelung dieser Wünsche verschiedentlich angeregt, leider aber ohne sichtbaren Erfolg. Falsch aber wäre es, wollten wir die Schuld an dieser Verschleppungspolitik der Verwaltung allein zumessen. Wir können vielmehr der städtischen Arbeiterschaft selbst den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Hauptschuld selbst trägt. Kein Arbeitgeber, auch keine Stadtverwaltung wird der Arbeiterschaft etwas geben, ohne daß etwas verlangt wird. Bisher aber ist es nur ein kleiner Bruchteil der städtischen Arbeiterschaft, die sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen und durch diese der Verwaltung ihre Wünsche unterbreitet haben. Und wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Verwaltung auf Wünsche eines solch kleinen Teiles ihrer Arbeiterschaft nicht reagiert. Wollen die Kollegen, daß man ihren Wünschen mehr entgegen kommt, so müssen sie mal endlich aus der Reserve heraustrreten, sie müssen zeigen, da sie gewillt sind, miteinzutreten für die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche. Immer wieder hört man die Kollegen sagen: „Es nützt doch nichts, hier in Bochum fehlt die Einigkeit.“ Wir antworten diesen Kollegen: „Es nützt doch etwas, macht ihr nur erst einmal einen Versuch. Ihr werdet bald finden, daß auch in Bochum Einigkeit und geschlossenes Vorgehen der Kollegen keine unerreichbaren Ziele sind.“ Der Mangel an Einigkeit ist nicht immer auf Böswilligkeit zurückzuführen, wie viele Kollegen glauben. Es fehlt hier vielmehr an der richtigen Aufklärung. Viele, die heute noch gleichgültig, gedankenlos unserer Bewegung gegenüberstehen, würden vielleicht bald tüchtige, eifrige Mitarbeiter an unserer Sache, wenn ihnen die notwendige Aufklärung zuteil würde. Hier müssen unsere Kollegen, die die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation schon erkannt haben, einsetzen. Jeder von ihnen hat wohl einige besondere Freunde, Bekannte unter den Arbeitskollegen, mit denen er auf besonders gutem Fuße steht. Da dürfte es doch nicht allzu schwer fallen, diese allmählich mit dem Gewerkschaftsgedanken vertraut zu machen. Auch ist es notwendig, daß die Kollegen sich gegenseitig etwas mehr Vertrauen entgegen bringen. Haben sie doch alle unter denselben schwierigen Verhältnissen zu leiden. Alle haben Ursache, bei Bekämpfung der ihnen sich bietenden Schwierigkeiten sich gegenseitig zu unterstützen. Warum also um der geringfügigsten Ursachen willen oft wochen- oder monatslang persönliche Meibereien und Zänkereien. Damit bereiten wir nur denen eine Freude, die ein großes Interesse an der Uneinigkeit der Arbeiterschaft haben.

Freiburg. (Gemeindecарbeiter.) Am Samstag, den 8. November fanden hier die Wahlen für den Arbeiterausschuß statt. Es waren im Ganzen zwölf Ausschußmitglieder und ebensoviele Ersatzmänner zu wählen. Von diesen zwölf Sitzen hatte der sozialdemokratische Gemeindecарbeiterverband neun inne, die er in dieser Wahl auch wieder behauptete. Unsere Zahlstelle war bisher im Arbeiterausschuß mit zwei Mitgliedern vertreten, wozu wir bei dieser Wahl einen weiteren Sitz gewonnen haben, den bisher ein gelber Lokalverein inne hatte. Das Eine kann konstatiert werden: wir sind mit dem Ausgang der diesjährigen Wahlen wohl zufrieden. Ob das die Gegner von sich behaupten können, muß füglich hewiesen werden. Wenn in der ersten, stärksten Wahlgruppe, bei welcher vier Ausschußmitglieder zu wählen waren, für den roten Verband nur die zwei bisherigen gehalten werden konnten, so ist das ein neuer Beweis für unsere Behauptungen, es werde mit den Mitgliederzahlen gesunkert. In den Betrieben, die zu dieser Wahlgruppe zählen, haben die Roten die meisten ihrer Mitglieder; erhielten aber nur 124 Stimmen. Das gibt zu denken! Beim Gaswerk war es nicht möglich, einen positiven Erfolg zu

erringen, es mußte bei einem Achtungserfolg bleiben. Aber in drei Jahren sprechen wir uns wieder. Der alteingebürgerte Einfluß des roten Verbandes muß auch im Gaswert gebrochen werden und dafür haben wir die schönsten Anzeichen! In der vierten Wahlgruppe, in der wir eine Vorschlagsliste eingereicht hatten, konnten wir einen neuen Sitz im Ausschuß erobern. Und hierin liegt unser Haupterfolg dieser Ausschußwahl. Die Wahrung des bisherigen Besitztandes muß für den roten Verband als ein Mißerfolg bezeichnet werden, wenn die vielen Betriebsversammlungen, die schon wochenlang vor der Wahl stattfanden, in Betracht gezogen werden. Und zwei Tage vor der Wahl mußte auch ein Redakteur des Sozialistenblattes aus Mülhausen i. Elz. in einer öffentlichen Versammlung auftreten. Zwei erfreuliche Punkte hat die Arbeiterausschußwahl aufzuweisen. Einmal die Tatsache, daß wir einen Sitz gewonnen haben, und zweitens, daß wir diesen Sitz den Weißen abgenommen. Das dritte erfreuliche Zeichen muß aber darin erblickt werden, daß hier die Position der Genossen immer weanender wird und das nicht zu unserem Schaden.

Die führenden Geister in der Zahlstelle Freiburg vom roten Gemeindegewerksverband kommen jeweils ganz aus dem Häuschen, wenn sie und ihre Führer sozialdemokratisch genannt werden. Eine Verurteilung dieses Vermurdes lieferten die Herren nun selbst und zwar in der oben angeführten öffentlichen Versammlung am 6. November. Der Referent, Genosse Redakteur Seiler aus Mülhausen wiederholte — mit Bezug auf den „freien“ Gemeindegewerksverband — „wir Sozialdemokraten!“ Und am Schluß seines Referates forderte er auf, die sozialdemokratische Presse zu abonnieren, was auch der Vorsitzende der Versammlung wiederholte. Wir werden uns das für passende Gelegenheiten gut merken!

Stuttgart. (Gemeindegewerksarbeiter). In Stuttgart geht zurzeit etwas vor. Der sozialdemokratische Gemeindegewerksverband leidet schon längere Zeit an chronischem Mitgliederschwund. Das ist für diejenigen, die an der Spitze stehen, eine unangenehme Sache. Lange Jahre hindurch hatte der sozialdemokratische Verband unter den städtischen Arbeitern in Stuttgart sozusagen das Privilegium. Noch im Jahre 1908 konnte der genannte Verband erklären: „Das privatim ausgedrückte Bedenken, daß evtl. andere Organisationen außer dem (sozialdemokratischen D. V.) Gemeindegewerksverband Anspruch auf Zuziehung eines Vertreters zu den Arbeiterausschüßsitzungen erheben könnten, wird ernstlich kaum als stichhaltig betrachtet werden können, denn nach dem bisherigen Gang der Verhältnisse sieht die Gemeindegewerksorganisation denn doch zu gut im Sattel, als daß sie einmal aus diesem gehoben werden könnte.“ Das war vor 5 Jahren und es mutet uns an, wie ein Märchen aus alter Zeit. Heute haben wir in Stuttgart eine gesunde, kräftige Ortsgruppe des christlichen und nationalen Gemeindegewerksverbandes. Es vergeht kein Tag, ohne daß wir nicht neue Mitglieder aufnehmen dürfen, javiele kommen sogar zu uns und bitten um Aufnahme in unsere Reihen. Gewiß, es könnte noch schneller gehen mit unserer Mitgliederzunahme. Aber da müssen wir in Betracht ziehen, daß wir seither mit ungemain schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatten. Kommt es doch heute noch vor, daß unsere Kollegen erklären, wir sollen nichts verlauten lassen, daß sie Mitglieder bei uns sind, da sie es dann nicht mehr aushalten könnten, und von einzelnen sozialdemokratischen Organisierten mit Spott und Hohn geradezu überschüttet würden. Nun, wir werden auch mit den Terrorisrnusgeschäften fertig werden, dafür bürgen wir. Aber auch unseren Mitgliedern müssen wir aus Herz legen, sie mögen sich jede Unrenpeltung und Schimpferei über unsere Organisation energisch verbitten. Wir achten und ehren jeden Arbeiter, mag er nun bei uns oder im sozialdemokratischen Verband organisiert sein, wenn er seiner Ueberzeugung hulldigt, wir verlangen daher, daß man auch unsere Ueberzeugung achtet. Wer etwas an uns auszusprechen hat, mag dies in seiner Versammlung tun, dort ist der Ort dazu und nicht auf den Arbeitsplätzen. Um nun den Mitgliederschwund wieder etwas auszugleichen, hat der sozialdemokratische Verband mit Hausagitation begonnen. Das nehmen wir ihm nicht übel, das ist sein gutes Recht. Wir mußten von vornherein, daß keines unserer Mitglieder uns den Rücken kehrt, dazu sieht das Vertrauen zu unserer Sache zu tief. Wir haben uns dieses Vertrauen erworben durch unsere offene und ehrliche Arbeit für unsere Mitglieder. Interessant ist das Gebahren der einzelnen Hausagitatoren vom sozialdemokratischen Verband bei unseren Mitgliedern. Während es sich einzelne nicht versagen konnten, über unsere Bewegung und deren Leiter zu schimpfen und zu lästern, konnte man mit anderen eine ruhige sachliche Auseinandersetzung pflegen. Mit Männern, die ihre Gegnerschaft sachlich vertreten, halten wir gerne Rücksprache. Ein gewaltiges Ringen hat in Stuttgart eingesetzt, wir werden alle unseren Mann stellen in ehrlicher Kampfweise zum Wohle und Gedeihen der gesamten christlichen und nationalen Arbeiterbewegung.

Würzburg. In einer gut besuchten Versammlung am 23. Nov. sprach der Gemeindegewerksbevollmächtigte Kollege Diemer über „Kom-

munale Sozialpolitik“. Er schilderte in eingehender Weise die Aufgaben, die eine Stadtverwaltung gegenüber den wirtschaftlich Schwächeren habe. Durch eine vorbildliche Arbeiterpolitik gegenüber den eigenen Arbeitern würden auch die sozialen Verhältnisse der gesamten Arbeiterschaft gehoben. Wenn auch in Würzburg noch mancher berechtigter Wunsch der städtischen Arbeiter noch der Erfüllung harre, die Einführung eines Arbeiterausschusses, der Pensionskasse, des Urlaubs, sowie die bessere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Ueberstunden und bei schmutzigen Arbeiten stelle einen wesentlichen Fortschritt dar. Die meisten Erfolge seien ausschließlich auf die Tätigkeit des christlichen Verbandes zurückzuführen. Er habe sich der Kollegen bereits angenommen, noch bevor der rote Verband in Würzburg Mitglieder gehabt habe. Wenn heute das Gegenteil von den Gegnern behauptet würde, dann beweise dies nur deren Agitationsbedürfnis. Wer sichor gezwungen sei, sich mit fremden Federn zu schmücken, dessen Sache müsse ziemlich faul sein.

Unbedingt sei es notwendig, daß die Stadt sich der Wohnungsfrage etwas mehr annehme. Bei gutem Willen der Verwaltung müsse es sich ermöglichen lassen, auch für die städtischen Arbeiter gesunde, den sittlichen Anforderungen entsprechende, billige Wohnungen zu schaffen, wie dieses für die Beamten zum Teil geschehen sei. Hier solle die Organisation ebenfalls geeignete Schritte unternehmen. Eine rege Aussprache schloß sich an den Vortrag an. Kollege Diemer versprach auch, nach Kräften für die in der letzten Eingabe niedergelegten Wünsche einzutreten und in diesem Sinne auf seine Fraktionskollegen einzuwirken. Sämtliche anwesende Mitglieder waren sehr befriedigt über den schönen Verlauf der Versammlung. Mit einem Appell an die anwesenden Mitglieder, sie mögen die Worte des Referenten beherzigen und treu zum Verband halten, jeder müßte ein Agitator sein und mit Fleiß für den Verband werben, damit wir Schritt für Schritt vorwärts schreiten. Mit dem Dank für den Referenten und die aufmerksamen Zuhörer schloß der Vorsitzende Kollege Bösch die Versammlung.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Gesellschaft für Soziale Reform

hielt vom 20.—22. November ihre 6. Hauptversammlung in Düsseldorf ab. Die Fragen des Tarifrechts bildeten den Hauptgegenstand der Beratung. Während die Regelung des Tarifrechts allgemein als notwendig erkannt wurde, fehlte es auch nicht auch Stimmen, die eine gesetzliche Regelung noch für verfrüht erachteten, respektiv befürchteten, daß durch ein gesetzliches Eingreifen der Tarifbewegung Hemmschube angelegt würden.

Vollständig einig war man sich darüber, daß der Staat, die Regierungen, bei den großen Arbeitskämpfen nicht mehr tatenlos zusehen dürften. Durch Schaffung geeigneter Instanzen, die geeignet wären, den Frieden aufrecht zu erhalten, respektiv wieder herbeizuführen; eines Reichseinigungsamtes sei unerlässlich.

Zeitens verschiedener Vertreter der christlichen und Girsch-Dunderschen Gewerkschaften wurde noch in entscheidener Weise der Terrorismus und die Ausschließungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaften verurteilt, da ein derartiges Vorgehen dem Tarifgedanken nicht förderlich sein könne. Unseres Wissens beteiligten sich auch Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die als Gäste anwesend waren, zum ersten Male an den Debatten. Erfreulicherweise stellten auch sie sich mit aller Offenheit auf den Boden der Tarifverträge, eine Stellungnahme, die entgegen eines Teiles ihrer früheren Äußerungen im Interesse des sozialen Friedens nur lebhaft begrüßt werden kann.

Ein Vertreter des Gesamtverbandes der Metallindustriellen bekundete, was so wie so bekannt ist, daß diese Gruppe der Unternehmer noch ein großes Fragezeichen hinter den Tarifvertrag mache.

Im Anschluß an die Hauptversammlung fand eine Sitzung des Ausschusses statt, die sich mit der Frage des Arbeitswilligenschutzes beschäftigte. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Mit Rücksicht auf die gegenwärtig immer

lauter werdenden Forderungen nach Verstärkung des sogen. Arbeitswilligenschutzes erklärt der Ausschuß der zur 6. Hauptversammlung in Düsseldorf versammelten Gesellschaft für soziale Reform: Er erwartet von der Reichsregierung und von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie allen Versuchen einer neuen verschärften Gesetzgebung auf diesem Gebiet energisch entgegentreten. Die Gesellschaft für soziale Reform verwirft selbstverständlich nach wie vor jede Anwendung von Gewalt bei Arbeitskämpfen, aber sie betont mit allem Nachdruck, daß die bestehenden Gesetze völlig ausreichen, um Vergehen dieser Art wirksam zu sühnen. Neue Polizeigesetze können nur erbitternd wirken und die gesunde, für die soziale Verständigung unbedingt notwendige Entfaltung des gewerblichen Organisationslebens beeinträchtigen."

Neue Festsetzung der Ortslöhne und Jahres-Durchschnittslöhne.

Die neu gewählten Vorstandsmitglieder der neu errichteten allgemeinen Ortskrankenkassen oder ausgebauten bzw. besonderen Ortskrankenkassen, sowie der Betriebs- und Zünftekrankenkassen werden beim Antritt ihres Amtes recht bald vom Versicherungsamt aufgefordert werden, sich gutachtlich zu äußern über die demnächstige Höhe des Ortslohnes. Nach § 149 der R.V.D. haben die Oberversicherungsämter (Beschluß-Ausschüsse) nämlich die Pflicht, die Höhe des Ortslohnes (früher ortsüblichen Tagelohnes) festzusetzen. Die Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reiche, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914 und dann immer auf 4 Jahre, festgesetzt. Änderungen in der Zwischenzeit gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung. Alle Änderungen treten erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 151). Vor der Festsetzung der für die Arbeiter sehr wichtigen Ortslöhne müssen die Vorstände aller Krankenkassen sowie die Gemeindebehörden dem zuständigen Versicherungsamt diesbezügliche Vorschläge zu machen. Ebenso sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören. Zweifellos wird man ihre gutachtlichen Äußerungen, die sich auf die Kenntnis der Lohn-, Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse aufbauen, beachten müssen.

Den Arbeitervertretern in den Vorständen der Krankenkassen, Gemeindevertretungen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern erwächst nun die heilige Pflicht, mit aller Energie auf die höchstmögliche Festsetzung des Ortslohnes zu dringen. Was alles von der Höhe des Ortslohnes abhängt, sei hiermit kurz erwähnt:

Es hängt zunächst ab die Höhe des Krankengeldes bei den Landkrankenkassen, ferner des Hausgeldes, Sterbegeldes und evtl. des Schwangers- und Stillgeldes. Für die hausgewerblich Beschäftigten gilt der Ortslohn stets als Grundlohn, ganz gleich, welcher Klasse sie angehören, ebenso auch für die in ständigen Beschäftigten. Außerdem richtet sich die Krankenhilfe, die der Unternehmer für die in seinem Betriebe verunglückten, nicht versicherten Personen zu zahlen hat, nach dem Ortslohn. Bei der Berechnung der Unfallrente wird in manchen Fällen der Ortslohn zugrunde gelegt. Die Beitragsklasse der Invalidenversicherung richtet sich vielfach nach dem Ortslohn. Im Falle eines Kontrakt- oder Vertragsbruches ist nach § 124 b der Gewerbeordnung der Ortslohn entscheidend für die zu beanspruchende Entschädigung und zwar sowohl für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer. Die Familien-Unterstützung für die Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften richtet sich nach der Höhe des Ortslohnes. Der Ortslohn ist ferner bestimmend für die Höhe der nach dem Unfall-Versicherungsgesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes festzusetzenden Renten; auch für die Gefangenen richtet sich dieselbe entweder zum Teil oder ganz wiederum nach dem Ortslohn. Der Ortslohn muß besonders festgesetzt werden für Män-

ner und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahre. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in „junge Leute“ von 14 Jahren und „Kinder“ unter 14 Jahren geschieden werden; Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (§ 150 R.V.D.) Bei den gutachtlichen Äußerungen ist zu beobachten, daß für die Normierung des Ortslohnes jeweilig der Tagesentgelt ungelernter Arbeiter, d. h. solcher Arbeiter, die eine besondere Vorbildung nicht genossen haben, nach dem Willen des Gesetzgebers zu Grunde gelegt werden muß. Der Lohn von Lehrlingen darf bei der Festsetzung des Ortslohnes für Jugendliche nicht in Ansatz gebracht werden, da diese nicht als gewöhnliche Tagearbeiter gelten.

Burzeit sind die, meistens von den Regierungs-Präsidenten festgesetzten Durchschnittsverdienste und Ortslöhne geradezu lächerlich gering. Festgesetzte bisherige Durchschnittslöhne von 300 bis 350 Mk. pro Jahr sind durchaus nichts Seltenes.

Die Arbeitervertreter in den Vorständen der Krankenkassen und Gemeindevertretungen sowie an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern haben jetzt die Möglichkeit, diesen unglaublichen Zuständen ein Ende zu machen und es erhebt sich nunmehr die Frage: „Wie können wir höhere Ortslöhne und Jahres-Durchschnittslöhne am besten erreichen?“ Es wird gut sein, wenn die Funktionäre und stellvertretenden Vorstände der christlichen Gewerkschaften vielleicht auch unter Hinzuziehung der sozialen Ausschüsse die auf nationalem Boden stehenden Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen sowie die Arbeitervertreter des Versicherungs- und Oberversicherungsamts, ebenso auch die Arbeiter-Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu einer Konferenz einladen. Auf dieser Konferenz wäre die Frage des festzusetzenden Ortslohnes und Jahres-Durchschnittsverdienstes eingehend durchzuberaten, um eine Einigung über die dem Oberversicherungsamt vorzuschlagende Höhe derselben mit allen Arbeiter-Vertretern zu erzielen. Die Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften müßten in Zukunft unbedingt vor jeder Neufestsetzung (alle 4 Jahre) eine Umfrage über die Höhe des Lohnes ungelernter Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen in jedem Versicherungsamtsbezirk rechtzeitig veranstalten. Wenn auf diese Weise die sicheren Grundlagen für die Ermittlung der tatsächlichen Höhe des Ortslohnes und des Jahres-Durchschnittsverdienstes geschaffen werden, dann können die Oberversicherungsämter nicht umhin, sich den Gutachten der Arbeiter-Vertreter über die Höhe der Jahres-Durchschnittslöhne und Ortslöhne anzuschließen. Den Vertretern der Arbeitnehmer am Oberversicherungsamt wird dadurch stichhaltiges Material geliefert und ihre Aufgabe, die Interesse der Arbeiter wahrzunehmen bei der Neufestsetzung, wird ihnen bedeutend erleichtert.

Mögen die vorstehenden Ausführungen nicht nur volles Verständnis für die Wichtigkeit der behandelten Fragen bei den Arbeiter-Vertretern erwecken, sondern auch die allein geltende Tat herborrufen.

Arbeiterbewegung.

Note Moral.

In der Nummer 25 des roten „Straßenbahner“ erschien ein Artikel „Die verlorenen Mut- und Leberwürste“, wonach ein ehemaliges Mitglied von uns, der Schaffner L. in A. sich ein Paket mit Fleischwaren anstatt an das Fundbüro abzuliefern sich selbst angeeignet haben soll. Mit einer recht pikanten Sauce, in der das Abstinenzgebot und sonstige Einrichtungen der katholischen Kirche lächerlich gemacht werden soll, wird die ganze Wurstgeschichte überschüttet. Selbstverständlich fehlt die sittliche Enttäuschung nicht.

Wir haben keine Veranlassung, irgend einen Abtrünnigen in Schutz zu nehmen. Da aber der rote „Straßenbahner“ derartige verhältnismäßig geringe Vergehen benutzen muß, um Grund für sittliche Entrüstung zu haben, scheint es uns, als wenn es ihm an Stoff hierfür mangle. Wir wollen ihm daher noch etwas derartigen Stoff für die nächste Nummer liefern.

Die Ortsgruppe der Straßenbahner in E. hatten einen Vorsitzenden, der selbstverständlich Dissident, eingeschriebenes Parteimitglied und ein tüchtiger Christentöter, aber nur in Worten, war. Von diesem hieß es, daß er demnächst eine Vertrauensstellung in einer roten Konsumgenossenschaft erhalten sollte. Doch so weit kam es nicht. Eines guten Tages hörte der Vorsitzende bei der Straßenbahn auf, erhob seinen fälligen Lohn, seine Kautions, ließ sich von seiner Frau ihren sauer verdienten Lohn als Waschfrau geben und verschwand mit seiner „Geliebten“ nach Belgien, eine schwangere Frau mit fünf Kinderchen, ohne einen Pfennig Geld in Stiche lassend. Einer unserer Beamten war es, der der verlassenen Frau den Weg zur Armenverwaltung zeigen mußte.

Wir wissen wohl, daß es in allen Parteien und Vereinigungen Unwürdige gegeben hat und auch in Zukunft geben wird.

Da es uns nicht darauf ankommt, diesen Fall gegen den roten Transportarbeiterverband auszunutzen, lassen wir nähere Angaben über Name, Stadt usw. fort.

Wir wollen nur damit zeigen, welcher Moral im roten „Straßenbahner“ gehuldigt wird. Die kleinsten Vergehen des Gegners werden unter Angabe des Namens und der Umstände in breiter Form öffentlich gebrandmarkt, aber wenn es sich um eigene Genossen handelt, die in schamloser Weise ihre Familie in Stiche lassen, dann schweigt des Sängers Höflichkeit. Dam findet der „Straßenbahner“ kein Wort der sittlichen Entrüstung. Anständig ist diese Kampfesweise nicht, aber echt rot. Wie sagt doch der sozialdemokratische Grundsatz: Dem Gegner gegenüber finden die Tugenden der Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit keine Anwendung.

An unsere badischen Mitglieder!

Dieser Tage ist ein besonderes Flugblatt für die badische Arbeiterschaft herausgegeben worden. Es betitelt sich: Gewogen und zu leicht befunden. Das Flugblatt ist schon nach all den Orten verschickt, wo die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine Mitglieder haben. Nunmehr liegt es an unseren Mitgliedern, daß sie für eine politische und grünlische Verteilung Sorge tragen.

Mit der Verteilung des Flugblattes soll eine energische Werbearbeit für unsere Bewegung verbunden werden. Auf zu energischer Arbeit!

Willst du nicht mein Bruder sein, . . .

Welche Hochachtung die Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft hat, sobald sie ihr nicht zu Diensten sein will, zeigt das Verhalten der Wiener Partei vor und nach der Reichsratswahl in der Leopoldstadt. Die städtischen Arbeiter und Straßenbahner wurden bildlich dargestellt, als Sträflinge mit blöden Gesichtszügen. Nach der Wahl, wobei bekanntlich die Genossen unterlagen, brachte der „Westruf“, das Organ des roten Gemeindearbeiterverbandes in Oesterreich, einen Artikel, in dem unter dem Deckmantel, das Trinkgeldunwesen zu bekämpfen, Rache an den Straßenbahnern genommen wird, weil sie nicht rot gewählt haben.

Kein Pfennig Trinkgeld mehr soll diesen Leuten geschmückt werden. „Nicht die Fenstertafeln der Tramway sind seine (der Partei. D. Red.) Feinde, sondern die durch das Trinkgeld korrupt und denkfaul gewordenen Straßenbahner“, schimpft der „Westruf“.

Wir sind ebenfalls entschiedene Gegner des Trinkgeldunfuges, aber glauben doch, daß die Entziehung des Trinkgeldes aus politischen Motiven eine ebenso große Korruption

des politischen Lebens darstellt, wie das Trinkgeldunwesen an sich selbst. Welche Entrüstung über Verwilderung des politischen Kampfes würde man vernehmen, wenn etwa die bürgerlichen politischen Parteien in Berlin, Hamburg, Leipzig usw. den Beschluß faßten, die Straßenbahner durch Entziehung des Trinkgeldes zu bestrafen, weil sie bei politischen Wahlen zum Teil rot wählen.

Verbandsnachrichten.

Die Ortsgruppenvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Uebertritten aus anderen Verbänden, die alten Mitgliedsbücher mit der Quartalsabrechnung der Hauptgeschäftsstelle einzusenden sind.

Vom 3. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Mühlhausen, Mühlheim (Rhein), Barmen, Jngolstadt, Laufen, Straubing, München, Plattling und Cöln (Straßenbahner).

Versammlungskalender.

- Bromberg. (Straßenbahner.) Freitag, den 5. Dezember bei Krüger Schleuse. Referent Kollege Sidmann-Cöln.
- Buchum. (Gemeindearbeiter.) Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 11 Uhr bei König, Luisenstr. Referent Kollege Krumbö-Cöln.
- Bonn. (Straßenbahner.) Freitag, den 5. Dezember, abends 9 Uhr im „Lehm—opp“. Sehr wichtige Tagesordnung.
- Düren. (Gemeindearbeiter.) Samstag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr im „Franziskaner“, Philippstraße. Referent Kollege Becker-Cöln.
- Danzig. (Gemeindearbeiter.) Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 Uhr im Josefsbau.
- Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr im „Bürgerheim“. Referent Kollege Sidmann-Cöln.
- Hildesheim. Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr im „Braunschweiger Hof“. Referent Kollege Dedenbach-Cöln.
- Münster. (Gemeindearbeiter.) Montag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr im Vereinshaufe.
- Münster. (Straßenbahner.) Montag, den 8. Dezember, abends 10½ Uhr bei Holtkamp. Referent Kollege Dedenbach-Cöln.

Bezirksleiter gesucht.

Für Baden und Württemberg suchen wir zum baldigen Eintritt einen Bezirksleiter. Bewerber müssen mindestens zwei Jahre einer christlichen Gewerkschaft angehören und rednerische und organisatorische Befähigung besitzen. Bewerbungsschreiben, denen ein Lebenslauf und ein Aufsatz über die Aufgaben eines Bezirksbeamten beizulegen ist, sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 15. Dezember zu richten an die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes, Cöln, Benloerwall 9.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Peter Dedenbach.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Heinrich Gosepath, Cöln;
Josef Hiller, München;
Josef Sedner, Würzburg.

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
Verlag: Peter Dedenbach, beide in Köln, Benloerwall 9.
Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.